

Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungen	XXXIX
A. Einleitung	1
1. Staat und Recht	2
2. Die Verfassung	12
3. Das Verfassungsrecht	21
4. Entstehung des Grundgesetzes und Gründung der Bundesrepublik Deutschland	27
5. Verfassungsgeschichte	33
6. Verfassungsentwicklung seit 1949	47
7. Die Wiedervereinigung Deutschlands	59
B. Präambel	77
C. Die Grundrechte	81
1. Der Schutz der Freiheit durch Grundrechte	89
2. Grundlinien der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung	103
3. Die persönliche Freiheit und Integrität	133
4. Gleichheit und Willkürverbot	167
5. Ehe und Familie	184
6. Glaubens- und Gewissensfreiheit	195
7. Die Freiheit der Meinung	204
8. Pressefreiheit und andere Medienfreiheiten	216
9. Schule und Bildung, Wissenschaft und Kunst	238
10. Die Grundrechte der wirtschaftlichen Freiheit	252
11. Freiheit von Arbeit und Beruf	280
12. Grundgesetz und kollektives Arbeitsrecht	286
13. Die politische Freiheit	297
14. Die allgemeine Handlungsfreiheit	307
D. Der Bund und die Länder	311
1. Die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	319
2. Die Staatsaufgaben	349
3. Das Rechtsstaatsprinzip	363
4. Die Bundesrepublik ist ein Bundesstaat	389
5. Der öffentliche Dienst	425
6. Die auswärtige Gewalt und die internationalen Beziehungen	440
7. Die Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa	460

Inhaltsübersicht

	Seite
E. Die Staatsorgane	501
1. Parlamentarismus und parlamentarische Demokratie	509
2. Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem	529
3. Der Bundestag	536
4. Der Bundesrat	566
5. Der Bundespräsident	575
6. Die Bundesregierung	586
F. Gesetzgebung	603
1. Das Gesetz	610
2. Gesetz und Verordnung	622
3. Gesetzgebung im Bundesstaat	629
4. Der Gang der Bundesgesetzgebung	640
5. Die verfassungsändernde Gesetzgebung	649
G. Vollziehung	655
1. Staatsaufgaben und Verwaltungszwecke	663
2. Verwaltung und Verwaltungsrecht	674
3. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung im Bereich der Verwaltung	684
4. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	689
5. Die Bundesverwaltung	700
6. Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	723
7. Die Gemeinschaftsaufgaben	736
H. Rechtsprechung	741
1. Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut	746
2. Die rechtsprechende Gewalt wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt	753
3. Die Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens	756
4. Rechtsprechung und Rechtsgang	772
5. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	781
I. Finanzwesen und Hauswirtschaft	807
1. Staatsaufgaben und Staatsfinanzen	816
2. Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand	820
3. Die Finanzverfassung	854
4. Finanzpolitik und Haushaltswirtschaft	879
K. Verteidigungsfall	925
1. Krieg und Frieden	928
2. Die Staatsorgane im Verteidigungsfall	932
3. Die Ausübung der Staatsgewalt	934

Inhaltsübersicht

	Seite
L. Übergangs- und Schlußbestimmungen	939
1. Bedeutung und Inhalt des XI. Abschnitts	949
2. Kriegsfolgen und Nachkriegszeit	953
3. Die Staatsangehörigkeit	972
4. Das Staatskirchenrecht	984
Anhang: Änderungstabelle zum Grundgesetz	1017
Stichwortverzeichnis	1023

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	XXXIX

A. Einleitung

1. Staat und Recht	2
Der Staat	2
Staat als Form politischer Herrschaft	3
Staatsgewalt, Staatsvolk, Staatsgebiet	5
Staat und Gesellschaft	8
Recht und Gerechtigkeit	9
Privatrecht und öffentliches Recht	10
2. Die Verfassung	12
Verfassung und Verfassungsrecht	12
Verfassungsgebung	14
Geltungsgrund (Legitimität) der Verfassung	14
Verfassungspolitik	15
Entwicklung des Verfassungsstaates	16
Verfassungslehre, Staatsrechtslehre	19
3. Das Verfassungsrecht	21
Die Verfassung als bindende Norm und Maßstab für die Politik und die Ausübung öffentlicher Gewalt	21
Auslegung des Verfassungsgesetzes	22
Grundsätze der Verfassungsauslegung	23
Fortbildung der Verfassung durch die Staatspraxis und die gerichtliche Rechtsfortbildung	25
Die Staatsrechtslehre	25
4. Entstehung des Grundgesetzes und Gründung der Bundes- republik Deutschland	27
Vorgeschichte	27
„Grundgesetz“ statt „Verfassung“	28
„Parlamentarischer Rat“ statt „Verfassungsgebende Versammlung“	30
Der Herrenchiemseer Verfassungskonvent	30
Der Parlamentarische Rat	31
Annahme und Inkrafttreten des Grundgesetzes	32
5. Verfassungsgeschichte	33
Deutsche Verfassungsgeschichte	33
Die Verfassungsgebung in der März-Revolution	34
Die Bismarck'sche Reichsverfassung	35
Die Weimarer Reichsverfassung	36
Das Dritte Reich	38

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammenbruch und Besatzungszeit	39
Die neuen Länder und ihre Verfassungen	40
Das Ende der Besatzungszeit	42
Die Bundesrepublik Deutschland	43
Die Deutsche Demokratische Republik	44
6. Verfassungsentwicklung seit 1949	47
Politische Entwicklung und Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland	47
Die Verfassungsänderungen	51
Verfassungsreform	52
Die Verfassung Deutschlands an der Schwelle zum 21. Jahrhundert	56
7. Die Wiedervereinigung Deutschlands	59
a) Die deutsche Frage	59
Untergang des Deutschen Reiches?	59
Das Wiedervereinigungsgebot als Staatsziel und Verfassungs- auftrag	60
Die neue „Ostpolitik“ seit 1969	61
Die beiden deutschen Staaten 1949 bis 1990	62
Berlin	63
b) Die Herstellung der deutschen Einheit	65
Beitritt der DDR nach Art. 23 Satz 2 a. F. GG oder Neukonstituierung der Staats- und Verfassungsordnung nach Art. 146 a. F. GG?	65
Der Staatsvertrag und der Einigungsvertrag	65
Die Beendigung der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland	68
Die Vollendung der Einheit Deutschlands und die Herstellung der Rechtseinheit	69
Die neuen Bundesländer	70
Die ersten gesamtdeutschen Wahlen	72
Beitritt der DDR und Europäische Gemeinschaften	73
Die ehemals deutschen Ostgebiete	73

B. Präambel

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland	77
Rechtliche Bedeutung	78
Selbstinterpretation, Bekenntnis und Verheißungen	79

C. Die Grundrechte

1. Der Schutz der Freiheit durch Grundrechte	89
Die Idee der unveräußerlichen Menschenrechte	89
Objektives Recht und individuelle Rechte	89
Freiheit und Teilhabe	90

	Seite
Grundrechte als unmittelbar geltendes Recht	91
Das subjektiv öffentliche Recht	92
Die Grundrechte in der Geschichte des Verfassungsstaates	93
Grundrechte in der deutschen Verfassungsgeschichte	94
Weimarer Reichsverfassung: Die Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen	96
„Soziale Grundrechte“	97
Grundrechte im internationalen Recht	98
Die Europäische Menschenrechtskonvention	99
2. Grundlinien der verfassungsrechtlichen Ausgestaltung	103
Menschenrechte und Bürgerrechte	103
Grundrechte juristischer Personen	103
Grundrechte des Staates oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften?	105
Ausländerrecht	107
Inhalte grundrechtlicher Gewährleistungen	110
Schutz-, Gewährleistungs- und Ordnungsfunktion der Grundrechte	112
Rechtliche Wirkung der Grundrechte	113
Vorbehalt des Gesetzes für „wesentliche“ Regelungen	117
Die Garantie von Rechtseinrichtungen	118
Grundrechtssicherung durch Organisation und Verfahren	118
Grundrechtliche Schutzpflichten	120
Privatrechtsgestaltende Wirkung (Drittwirkung) von Grundrechten ..	123
Kodifikatorische Wirkung einzelner Grundrechte	125
Einschränkbarkeit der Grundrechte durch Gesetz	126
Schranken der Grundrechtsausübung	128
Der Schutz des Wesensgehalts eines Grundrechts	129
Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	130
Verwirkung von Grundrechten	132
Das Petitionsrecht	132
Die Verfassungsbeschwerde	133
3. Die persönliche Freiheit und Integrität	133
Die Würde des Menschen ist unantastbar	133
Die freie Entfaltung der Persönlichkeit	136
Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht	137
Der Schutz der Intimsphäre und der Privatheit	141
Datenschutz	142
Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit	147
Der Schutz des ungeborenen Lebens	150
Die Freiheit der Person	152
Voraussetzungen der Freiheitsentziehung	153
Unverletzlichkeit der Wohnung	154
Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	157
Verbot von Ausbürgerung und Auslieferung	165
4. Gleichheit und Willkürverbot	167
Der allgemeine Gleichheitssatz	167
Das Willkürverbot	168

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Gebot der Gleichbehandlung	170
Besondere Differenzierungsverbote	171
Die Gleichberechtigung von Mann und Frau	174
Durchsetzung der Gleichberechtigung und Beseitigung bestehender Nachteile	177
Die Gleichstellung der unehelichen Kinder	180
Die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten	182
Öffentlicher Dienst	183
Lastengleichheit	184
5. Ehe und Familie	184
Der Schutz von Ehe und Familie	184
Die Freiheit der Eheschließung	191
Das Erziehungsrecht der Eltern	191
Der Schutz der Mutter	194
6. Glaubens- und Gewissensfreiheit	195
Die Religionsfreiheit	195
Die Freiheit der Weltanschauung	200
Die Gewissensfreiheit	201
Das Recht der Kriegsdienstverweigerung	202
7. Die Freiheit der Meinung	204
Die Meinungsfreiheit	204
Die Informationsfreiheit	209
Die Versammlungsfreiheit	209
Die Vereinigungsfreiheit	213
8. Pressefreiheit und andere Medienfreiheiten	216
Medien und Medienrecht	216
Die Pressefreiheit	223
Die Rundfunkfreiheit	227
Das duale Rundfunksystem	232
Die Filmfreiheit	236
Das Zensurverbot	237
9. Schule und Bildung, Wissenschaft und Kunst	238
Die staatliche Schulaufsicht	238
Landespolitik im Schulwesen	240
Die Privatschulfreiheit	241
Recht auf Bildung?	243
Die freie Wahl der Ausbildungsstätte	245
Numerus clausus	245
Die Wissenschaftsfreiheit	246
Die Kunstfreiheit	250
10. Die Grundrechte der wirtschaftlichen Freiheit	252
Berufsfreiheit	252
Unternehmensfreiheit	258
Vertragsfreiheit	261
Allgemeine Wirtschaftsfreiheit	262

	Seite
Eigentumsgarantie	262
Sozialgebundenheit des Grundeigentums	268
Enteignung	271
Sozialisierung	273
Erbrecht	274
Vereinigungsfreiheit	276
Freizügigkeit	277
Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes?	278
11. Freiheit von Arbeit und Beruf	280
Die freie Wahl des Berufs und des Arbeitsplatzes	280
Recht auf Arbeit?	282
Angemessene Arbeitsbedingungen	282
Gleichbehandlungsgrundsatz und Diskriminierungsverbote	283
Gleichberechtigung von Mann und Frau	284
Sozialstaatsatz	285
12. Grundgesetz und kollektives Arbeitsrecht	286
Die Koalitionsfreiheit	286
Koalitionen und deren Organisations- und Betätigungsfreiheit	289
Die Tarifaautonomie und der Arbeitskampf	290
Arbeitskampfrecht	294
Betriebsverfassung	296
13. Die politische Freiheit	297
Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit	297
Wahlrecht	300
Asylrecht	301
Das neu gefaßte Grundrecht auf Asyl	304
Asylverfahren, Rechtsschutz	306
14. Die allgemeine Handlungsfreiheit	307
Das „Auffanggrundrecht“ des Art. 2 Abs. 1 GG	307
Die Schranken des Grundrechts	308
Die innere Einheit und Vielfalt der Grundrechte	309

D. Der Bund und die Länder

1. Die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland	319
a) Staatsform und verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	319
Staatsform	319
Das Grundgesetz ist kein bloßes Organisationsstatut	320
Verfassungsgestaltende Grundentscheidungen	320
„Streitbare Demokratie“	321
Das Recht zum Widerstand	321
b) Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Demokratie	322
Volkssouveränität	322
Freiheit und Gleichheit	323
Das Mehrheitsprinzip	323

Inhaltsverzeichnis

Seite

Pluralismus	324
Repräsentative und plebiszitäre Demokratie	325
Parlamentarische Demokratie	326
Wahlen und Abstimmungen	328
Die politischen Parteien	329
Bürgerinitiativen und andere Erscheinungsformen der Partizipationsdemokratie	330
Politische Selbstverwaltung	330
Die organisierten Interessen	331
Die öffentliche Meinung	332
Demokratie als Organisation politischer Herrschaft	333
„Wirtschaftsdemokratie“	334
c) Parteien in der Demokratie	334
Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien	334
Das Parteiengesetz	336
Finanzen der Parteien und staatliche Parteienfinanzierung	337
Rechenschaftspflicht	340
Parteienverbot	342
„Parteienstaat“	344
d) Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Republik	345
Republik und Monarchie	345
Die republikanische Staatsform im Grundgesetz	346
e) Staatssymbole	346
Bundesflagge	346
Bundeswappen	347
Bundeshauptstadt	348
Nationalhymne	348
2. Die Staatsaufgaben	349
a) Der Staatszweck und die Aufgaben des Staates	349
„Rechtfertigung“ des Staates: Der Staatszweck	349
Die politischen und sozialen Aufgaben des Staates heute	350
Die Vollmacht des Gesetzgebers	351
b) Der Sozialstaatsatz	352
Die soziale Staatsaufgabe	352
Verfassungsrechtliche Bindungskraft der Sozialstaatsklausel	353
Sozialstaatliche Rechte?	354
Wirtschafts- und Arbeitsverfassung	355
Sozialstaat und Wirtschaftswachstum	355
Der Mitbestimmungsgedanke	356
c) Die Staatsaufgaben im Grundgesetz	358
Staatsaufgaben des Bundes und der Länder	358
Staatszielbestimmungen	359
Gesetzgebungsaufträge	360
Staatsziel Umweltschutz	361
3. Das Rechtsstaatsprinzip	363
a) Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat	363
Das Verfassungsprinzip des sozialen Rechtsstaats	363

	Seite
Die rechtsstaatlichen Verfassungsgrundsätze und ihr innerer Zusammenhang	364
b) Die Gewaltenteilung	364
Geschichtliche und ideelle Grundlage	364
Verwirklichung im Grundgesetz	366
c) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung	368
Der rechtsstaatliche Gesetzesbegriff	368
Die verfassungsmäßige Ordnung	368
Der Stufenbau der Rechtsordnung	369
Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit des Freiheitseingriffs durch Gesetz (Übermaßverbot)	370
Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	371
d) Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	373
Gesetz und Verwaltung	373
Der Vorrang des Gesetzes	374
Der Vorbehalt des Gesetzes	375
Gesetzesvorbehalt in der Leistungsverwaltung?	377
Rechtsetzung durch die Exekutive	377
e) Die Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht	378
Rechtsgebundenheit der Rechtsprechung	378
Richterliche Rechtsbildung und Rechtsfortbildung	378
Maßstabsabhängigkeit der richterlichen Entscheidung	381
Richterliche Überprüfbarkeit des Ermessens und der Gestaltungsfreiheit der Verwaltung	381
f) Staatshaftung und Entschädigung	382
Rechtsstaatliche Verantwortlichkeit des Staates und sonstiger Verwaltungsträger	382
Von der Beamtenhaftung zur Staatshaftung	383
Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung	384
Aufopferung und Entschädigung	385
Das gescheiterte Staatshaftungsgesetz	387
Reform der Staatshaftung	387
4. Die Bundesrepublik ist ein Bundesstaat	389
a) Bundesstaat und Föderalismus	389
Historische und ideelle Grundlagen	389
Staatsrechtliche Verwirklichung des Föderalismus: Der Bundesstaat	391
Gebietseinteilung, Neugliederung	394
Die neuen Bundesländer	396
b) Die Verfassungsautonomie der Länder und das Landesverfassungsrecht	396
Verfassungsautonomie	396
Landesverfassungsrecht	397
Die Verfassungsgebung in den neuen Bundesländern	398
Landesverfassungsgerichtsbarkeit	400
c) Grundlinien der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung	401
Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Länder	401
„Materie“ als Kriterium kompetenzrechtlicher Zuordnung	401

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bundeskompetenzen kraft Sachzusammenhangs	402
Bundeskompetenz kraft Natur der Sache	402
Auswärtige Beziehungen	403
Bundesstaat und Europäische Union	403
d) Die Rechts- und Wirtschaftseinheit im Bundesstaat	405
Rechts- und Amtshilfe	405
Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit	406
Handelsflotte	407
e) Die gegenseitigen Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder	407
Grundsatz des bundesfreundlichen Verhaltens	407
Bundeszwang	408
Bundesaufsicht	408
Gewährleistungspflicht des Bundes für die verfassungsmäßige Ordnung der Länder	408
Einzelregelungen bundesstaatlicher Rechte und Pflichten	408
Vereinbarungen von Bund und Ländern	409
f) Die kommunale Selbstverwaltung	411
Die verfassungsrechtliche Gewährleistung	411
Die Gemeinde und das Gemeinderecht	413
Die Landkreise	414
Selbstverwaltung und Autonomie in den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft	415
Kommunale Daseinsvorsorge	417
Wirtschaftliche Betätigung und Wirtschaftsförderung	419
Kommunale Planungshoheit	421
Kommunale Finanzhoheit	422
Die kommunale Verfassungsbeschwerde	423
Die Gemeindereform	424
5. Der öffentliche Dienst	425
a) Das Berufsbeamtentum	425
Die verfassungsrechtliche Garantie	425
Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	428
Eignung, Befähigung und fachliche Leistung	429
Rechte und Pflichten des Beamten	430
Die Pflicht des Beamten zur Verfassungstreue	433
Parlamentarische Inkompatibilität	433
Art. 131 GG	434
Beamte, Richter, Soldaten	435
b) Beamtenrecht im Bundesstaat	436
Die Gesetzgebung über das Recht der Bundesbeamten und der Beamten der Länder	436
Das föderative Prinzip in der Personalpolitik der obersten Bundesbehörden	437
Die Überleitung der DDR-Dienstverhältnisse	437
c) Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst	438
Beamtenrecht und öffentliches Dienstrecht	438
Das Dienstverhältnis	439

	Seite
d) Personalvertretung	439
Mitbestimmung in der Dienststelle	439
6. Die auswärtige Gewalt und die internationalen Beziehungen	440
a) Außenpolitik und Verfassung	440
Die auswärtige Gewalt	440
Außenpolitik ist Sache des Bundes	441
Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	442
b) Völkerrecht und nationales Recht	443
Das Völkerrecht und seine Rechtsquellen	443
Dualismus von Völkerrecht und nationalem Recht; Transformation	444
Verhältnis der inkorporierten Regeln zum nationalen Recht	445
c) Bündnisse und Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ...	447
Grundgedanke des Art. 24 GG	447
Mitgliedschaft in internationalen Organisationen	447
Verteidigungspolitische Integration	448
Schiedsgerichtsbarkeit	449
d) Völkerrechtliche Verträge	450
Begriff des völkerrechtlichen Vertrages	450
Vertragsschließungsverfahren	451
Transformation in nationales Recht	451
Verträge mit der ehemaligen DDR	452
e) Die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Verkehr	453
Vertretungsmacht des Bundespräsidenten	453
Vertretungspraxis	453
f) Kriegsverhütung und Friedenssicherung	453
Grundsatz des friedlichen Zusammenlebens der Völker	453
Kontrolle des Kriegswaffenhandels	454
g) Bund und Länder im völkerrechtlichen Verkehr	454
Anhörungsrecht zugunsten der Länder	454
Eigene außenpolitische Beziehungen der Länder	455
Das Lindauer Abkommen	456
h) Verfassungsgerichtliche Justiziabilität der auswärtigen Gewalt	456
Theorie der Regierungsakte	456
Bindung des deutschen Richters an Akte der deutschen auswärtigen Gewalt?	457
Überprüfung der Akte fremder Staaten	457
Praxis der gerichtlichen Kontrolle	458
Einstweilige Anordnung	459
Normenqualifikationsverfahren	459
7. Die Bundesrepublik Deutschland in einem vereinten Europa	460
a) Die Übertragung von Hoheitsrechten	460
Die „supranationale“ Öffnung des Grundgesetzes	460
Der Europa-Artikel (Art. 23 GG)	462
Grenzen eines möglichen Hoheitsverzichts	466

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Die Europäischen Gemeinschaften und das Europarecht	468
Die Entstehung der Europäischen Gemeinschaften:	
die Gemeinschaftsverträge	468
Von den Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union	470
Assoziierung, Außenbeziehungen	474
Der Gemeinsame Markt, der Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion	476
Insbesondere der Agrarmarkt	478
Die Gemeinschaften und ihre Organe	480
Der Europäische Gerichtshof	482
Das Gemeinschaftsrecht	485
Das Gemeinschaftsrecht und die Grundrechte	489
Die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und das Subsidiaritätsprinzip	494
Politische Union	496
c) Der Europarat	499
Der Europarat und die Europäische Menschenrechtskonvention ...	499
Die Europäische Sozialcharta	500

E. Die Staatsorgane

1. Parlamentarismus und parlamentarische Demokratie	509
a) Der Bundestag als Volksvertretung	509
Legitimation durch Wahlen	509
Die Aufgabe der parlamentarischen Volksvertretung	510
b) Das Wahlrecht	511
Wahlrechtsgrundsätze	511
Wahlsysteme	513
Aktives und passives Wahlrecht	514
Das Bundeswahlgesetz	517
Wahlverfahren	518
Parteien im Wahlverfahren	521
Die 5%-Klausel	522
c) Repräsentation durch das Parlament	523
Parlamentarismus	523
Repräsentation	524
Plebiszitäre Ergänzungen der parlamentarischen Repräsentation ...	525
2. Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem	529
a) Die Verfassungsorgane	529
Staats- und Verfassungsorgane	529
Organe und Funktionen	529
Sitz der Bundesorgane	530
b) Parlament und Regierung	530
Regierung im parlamentarischen Regierungssystem	530
Kontroll- und Entscheidungsrechte des Parlaments	532
Staatsleitung und Regierung	533
Die Rolle der Opposition	534

c) Der Gemeinsame Ausschuß	535
Notstand – Stunde der Exekutive?	535
Strukturgedanke des Gemeinsamen Ausschusses	535
Aufgaben und Befugnisse des Gemeinsamen Ausschusses	536
3. Der Bundestag	536
a) Wahl und Wahlperiode des Bundestages	536
Der Deutsche Bundestag in der Verfassungsordnung	536
Wahlperiode, Sitzungen	537
Grundsatz der Diskontinuität	537
Wahlprüfung	538
b) Abgeordneter und Fraktion	539
Das parlamentarische Mandat	539
Das freie Mandat	541
Rechte des Abgeordneten	543
Insbesondere die Immunität	545
Insbesondere die Indemnität	545
Die Abgeordnetenentschädigung („Diäten“)	546
Partei und Fraktion	547
c) Organisation des Bundestages	549
Präsident, Präsidium, Ältestenrat	549
Ausschüsse	549
Der Petitionsausschuß	550
Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union ...	551
Bundestagsverwaltung	552
Wissenschaftlicher Dienst	553
Enquete-Kommissionen	553
d) Parlamentsrecht und Geschäftsordnungsautonomie des	
Bundestages	553
Parlamentsrecht	553
Verhandlungen und Beschlußfassung	554
Die Geschäftsordnung	554
Hausrecht und Polizeigewalt im Bundestag	555
Die Bannmeile	556
e) Die Rechte des Bundestages im Rahmen des parlamentarischen	
Regierungssystems	556
Zitierungs- und Interpellationsrecht	556
Enquêterecht	558
Die besonderen Rechte des Untersuchungsausschusses	560
Der Wehrbeauftragte	562
Das Parlamentarische Kontrollgremium	562
Bundestag und Richterwahl	564
f) Der Bundestag als Gesetzgeber	564
Initiativrecht	564
Beratung von Gesetzentwürfen im Plenum und in den	
Ausschüssen	564
Beschlußfassung über Gesetze	565
Mitwirkung des Bundestages bei Erlaß von Rechtsverordnungen ..	565

Inhaltsverzeichnis

Seite

4. Der Bundesrat	566
a) Die föderative Kammer als Bundesorgan	566
Der Bundesrat	566
Senat oder Gesandtenkongreß?	566
Verfassungsgeschichte	567
Zusammensetzung des Bundesrates	568
Organisation und Geschäftsgang	569
Bundesrat und Länder	569
Besondere Befugnisse des Bundesrates	570
Bundesrat und Europäische Union	571
b) Die Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes	573
Initiativrecht	573
Einspruchs- und Zustimmungsgesetze	573
Verfassungsändernde Gesetze	573
c) Die Mitwirkung an der Verwaltung des Bundes	574
Bundesaufsicht	574
Verwaltungsvorschriften	574
Rechtsverordnungen des Bundes	574
Besondere Rechte des Bundesrates	575
5. Der Bundespräsident	575
a) Das Staatsoberhaupt in der Republik	575
Der Bundespräsident als Staatsoberhaupt	575
Reichspräsident und Bundespräsident	576
Verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten	577
Vertreter des Bundespräsidenten	578
Präsidentenanklage	578
b) Die Wahl des Bundespräsidenten	578
Die Bundesversammlung	578
Bisherige Amtsinhaber	579
c) Bundespräsident und Bundeskanzler	580
Der Bundespräsident bei der Regierungsbildung	580
Information und Beratung	581
Die Gegenzeichnung	581
d) Die Aufgaben und Rechte des Bundespräsidenten	582
Selbständige Entscheidungsbefugnisse	582
Begnadigungsrecht	583
Ernennung und Entlassung von Beamten	583
Ausfertigung und Verkündung von Bundesgesetzen	583
Prüfungsrecht des Bundespräsidenten	584
e) Der Bundespräsident vertritt den Bund völkerrechtlich	585
Vertretungszuständigkeit im völkerrechtlichen Verkehr	585
Aktives und passives Gesandtschaftsrecht	585
Ratifikation von völkerrechtlichen Verträgen	586
6. Die Bundesregierung	586
a) Die Bundesregierung und ihre Organisation	586
Der Bundeskanzler und die Bundesregierung	586
Kanzlerprinzip und Ressortprinzip	587

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Das Bundeskanzleramt	587
Die Geschäftsordnungen der Bundesregierung	588
b) Die Regierungsbildung	589
Die Wahl des Bundeskanzlers	589
Berufung und Ernennung von Bundesministern	589
Koalitionsabsprachen	590
c) Der Bundeskanzler und die Bundesminister	590
Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik	590
Organisationsgewalt des Bundeskanzlers	591
Personalpolitische Entscheidungsmacht des Bundeskanzlers	591
Die Bundesminister	591
Amtsstellung des Bundeskanzlers und der Bundesminister	592
Parlamentarische Staatssekretäre	592
d) Aufgaben und Rechte der Bundesregierung	593
Organisationsgewalt	593
Kollegiale Zuständigkeiten	593
Insbesondere das Recht der Gesetzesinitiative	594
e) Die Ministerialbürokratie	595
Die Ministerien	595
Der Aufbau der Ministerien	595
Die Mitwirkung der Ministerialbürokratie bei der Gesetzgebung ..	596
f) Parlamentarische Verantwortlichkeit	597
Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers und der Bundesminister	597
Tadelsanträge	597
Mißtrauensvotum	598
Vertrauensfrage	599

F. Gesetzgebung

1. Das Gesetz	610
a) Die Rechtsordnung	610
Rechtsetzung durch Normerlaß	610
Das Gesetz als parlamentarische Entscheidung	611
Garantiefunktion des Gesetzes	612
Die Rechtsquellen	613
b) Die gesetzgebende Gewalt	613
Gesetzgebung und Gewaltenteilung	613
Verfassungsrechtliche Bindungen der Gesetzgebung	615
Gesetzgebung in der Europäischen Union	615
„Maßnahme-Gesetz“	616
Politische Leitung und Planung durch Gesetz	617
Die Einschätzungs- und Beurteilungsprärogative des Gesetzgebers	617
c) Die Aufgabe des Gesetzgebers	618
Der Staatszweck und die Ziele der Gesetzgebung	618
„Normenflut“ – „Normenhunger“	619
Alle „wesentlichen“ Regelungen bedürfen des Gesetzes	619
Die politische Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	621

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Gesetz und Verordnung	622
a) Abgeleitete Rechtsetzung der Exekutive im Wege der Rechts- verordnung	622
Rechtsverordnung aufgrund Gesetzes	622
Kein selbständiges Ordnungsrecht der Exekutive	623
Rechtsverordnungen auf Grund bundesgesetzlicher Ermächtigung	623
Das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot	624
Bestimmtheitsgebot bei landesgesetzlichen Ermächtigungen	624
Reformüberlegungen	625
b) Verwaltungsvorschriften	625
Begriff und Erscheinungsformen	625
Zulässigkeitsvoraussetzungen	626
Quasinormative Außenwirkung	626
Die Ermessensdirektiven	627
„Normkonkretisierende“ Verwaltungsvorschriften	627
Gleichbehandlung und Vertrauensschutz	628
3. Gesetzgebung im Bundesstaat	629
a) Die Zuständigkeitsvoraussetzungen	629
Der Grundsatz	629
Die „Materie“ der Gesetzgebung als Abgrenzungskriterium	630
Ausmaß und Gewicht der Bundesgesetzgebung	630
„Ungeschriebene“ Bundeszuständigkeiten	632
Bundesrecht bricht Landesrecht	633
b) Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes	633
Grundgedanke	633
Wesentliche Materien	634
c) Die konkurrierende Gesetzgebung	634
Grundgedanke	634
Wesentliche Materien	635
Voraussetzungen der Bundesgesetzgebung	635
„Abschließende“ Regelung einer Materie durch Bundesgesetz	637
d) Rahmenvorschriften des Bundes	637
Grundgedanke	637
Wesentliche Materien	638
Abschaffung durch die Föderalismusreform I	639
4. Der Gang der Bundesgesetzgebung	640
a) Die Gesetzesinitiative	640
Das Initiativrecht	640
Insbesondere das Initiativrecht der Bundesregierung	640
Ausübung des Initiativrechts und Verfahren	640
b) Die Bundesgesetze werden durch den Bundestag beschlossen	641
Parlamentarische Behandlung einer Gesetzesvorlage	641
Die drei Beratungen einer Vorlage	641
Die Vorlage in den Bundestagsausschüssen	642
Die Beschlußfassung im Bundestag	642

„Berichtigungen“ eines Gesetzes	642
Verweisungen in einem Gesetz	643
c) Die Mitwirkung des Bundesrates	644
Sinn und Bedeutung der Stellung des Bundesrates im Gesetz-	
gebungsverfahren	644
Einspruchsgesetze	644
Zustimmungsgesetze	645
Das Vermittlungsverfahren	645
„Zustandekommen“ eines Bundesgesetzes	647
d) Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten von Bundesgesetzen	647
Ausfertigung durch den Bundespräsidenten	647
Verkündung im Bundesgesetzblatt	648
Das Bundesgesetzblatt (BGBl. I, II, III)	648
Das Inkrafttreten des Bundesgesetzes	648
5. Die verfassungsändernde Gesetzgebung	649
a) Die verfassungsändernde Gewalt	649
Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	649
Verfassungswandel	650
b) Das Verfahren der Verfassungsänderung	650
Initiativrecht und Behandlung der Vorlage	650
Mehrheitserfordernisse	651
Verbot von Verfassungsdurchbrechungen	651
c) Grenzen der Verfassungsänderung	652
Materielle Bindung der verfassungsändernden Gewalt durch das	
Verfassungsgesetz	652
Inhalt der Bindungsklausel	653
Justiziabilität der Bindungsklausel	653
Überschießende Bedeutung des Art. 79 Abs. 3 GG für die	
Verfassungsauslegung?	654

G. Vollziehung

1. Staatsaufgaben und Verwaltungszwecke	663
a) Das Gesetz bestimmt über die Auswahl und die Erledigung der	
Staatsaufgaben	663
Die parlamentarische Entscheidung über die Staatsaufgaben	663
Die vollziehende Gewalt	663
Verwaltungszwecke und Rechtsformen des Verwaltungshandelns	664
b) Politische Planung	664
Planungsaufgaben	664
Planung in der gewaltenteilenden parlamentarischen Demokratie	665
Planung durch Gesetz	666
Planung aufgrund Gesetzes	667
c) Die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	669
Der verfassungsrechtliche Grundsatz	669

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Freiheit und Gebundenheit der Verwaltung	669
Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht	670
d) Verwaltung im Bundesstaat	672
Organisationsprinzip der Exekutive	672
Gesetzgebungskompetenz und Verwaltungskompetenz	672
Aufgabenverantwortung und Finanzierungslast	673
Verwaltungsaufbau in der früheren DDR	673
2. Verwaltung und Verwaltungsrecht	674
a) Die Verwaltung in der gewaltenteilenden Ordnung der Staatsfunktionen	674
Der organisatorische Begriff: die Exekutive	674
Der funktionale Begriff: die öffentliche Verwaltung	674
Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts	675
Das Verwaltungshandeln	677
Die Verwaltungsgrundsätze	678
Das Verwaltungsverfahren	679
b) Die Ausübung öffentlicher Verwaltung	680
Rechtsformen des Verwaltungshandelns	680
Verwaltungsprivatrecht	680
Privatrechtliche Betätigung der Exekutive	681
c) Die Organisationsgewalt	682
Behörde und Zuständigkeit	682
Der organisatorische Gesetzesvorbehalt	682
Selbständige Organisationsgewalt der Exekutive?	683
3. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung im Bereich der Verwaltung	684
a) Grundsatz: Das Bundesrecht wird durch die Länder ausgeführt	684
Ausführung des Bundesrechts durch die Länder	684
Nicht-gesetzesakzessorische Verwaltung	685
Organisatorischer und materieller Gehalt der Kompetenznormen	685
Ungeschriebene Bundeszuständigkeiten	685
b) Die Trennung von Bundesverwaltung und Landesverwaltung	686
Die getrennten Verwaltungsräume	686
Das grundsätzliche Verbot einer „Mischverwaltung“	686
Die „Organleihe“	687
Katastrophen und Unglücksfälle, innerer Notstand	687
Verwaltungsabkommen	689
4. Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder	689
a) Landesvollzug von Bundesrecht unter Aufsicht des Bundes und im Auftrag des Bundes	689
Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus	689
b) Die Bundesaufsicht	690
Selbständige und unselbständige Bundesaufsicht	690
Die Mittel der Bundesaufsicht	690
Die Bundesaufsicht als Rechtsaufsicht	691
Verfahrensweise bei der Ausübung der Bundesaufsicht	691
Die Bund-Länder-Streitigkeit aus Anlaß der Bundesaufsicht	692

	Seite
c) Bundesauftragsverwaltung	692
Fachaufsicht und Weisungsrecht des Bundes	692
Verfahrensweise bei der Ausübung des Weisungsrechts	692
Umfang und Grenzen des Weisungsrechts	693
Gegenstände der Bundesauftragsverwaltung	693
Bundesstraßen des Fernverkehrs	694
Ausführung des Kernenergierechts	695
d) Zustimmungspflichtige Bundesgesetze über die Einrichtung der	
Behörden und das Verwaltungsverfahren	696
Der die Zustimmungspflichtigkeit auslösende Tatbestand	696
Reichweite des Zustimmungsvorbehalts	697
Änderung von Zustimmungsgesetzen	697
Die kommunalen Gebietskörperschaften und die Ausführung der	
Bundesgesetze	698
e) Der Vollzug des Landesrechts	699
Ausübung der staatlichen Befugnisse und Erfüllung der	
staatlichen Aufgaben durch die Länder	699
Verwaltungsorganisation in den Ländern	699
Der Bund darf Landesrecht nicht vollziehen, muß es aber anwenden	699
5. Die Bundesverwaltung	700
a) Obligatorische und fakultative Bundesverwaltung	700
Bundesverwaltung kraft Verfassung	700
Bundesverwaltung kraft Gesetzes	700
b) Die Organisationsgewalt im Bereich der Bundesverwaltung	700
Die Zuständigkeit der Bundesregierung und der Ressortminister ...	700
Allgemeine Verwaltungsvorschriften	701
Einrichtung der Behörden	701
„Ministerialfreie“ Verwaltung	702
c) Bundeseigene Verwaltung	702
Die Kompetenzzuweisung	702
Der Auswärtige Dienst	703
Eisenbahnverkehrsverwaltung	703
Post und Telekommunikation	706
Ausführung des Luftverkehrsrechts	710
Bundeswasserstraßen	712
d) Zentralstellen des Bundes	714
Die Kompetenzzuweisung	714
Das Bundeskriminalamt	714
Der Verfassungsschutz	715
e) Die Bundespolizei, Grenzschutz	716
Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz des Bundes	716
Grenzschutz als Aufgabe der Bundespolizei	718
Grenzschutzbehörden und Zollbehörden	718
f) Selbständige Bundesoberbehörden	719
Die Kompetenzzuweisung	719
Organisatorische Gestaltung	719
Bisherige Praxis	719

Inhaltsverzeichnis

Seite

g) Bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts	720
Die Kompetenzzuweisung	720
Die sozialen Versicherungsträger	720
Die Bundesbank	721
6. Streitkräfte und Bundeswehrverwaltung	723
a) Der Verteidigungsauftrag	723
Die Bundeswehr: Streitkräfte zur Verteidigung	723
Die Wehrpflicht	725
Annexaufgaben der Streitkräfte im Verteidigungsfall und im Spannungsfall	726
Bundeswehr und NATO	726
Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO und im Auftrag der Vereinten Nationen	727
Gesetzgebung über die Streitkräfte	729
b) Führung und Organisation der Streitkräfte	730
Der Bundesminister für Verteidigung	730
Befehls- und Kommandogewalt	731
Vorbehalt des Haushaltsgesetzes	731
Spitzengliederung der Bundeswehr	731
c) Die Bundeswehrverwaltung	732
Organisation und Aufgabe	732
Wehrersatzwesen	732
Schutz der Zivilbevölkerung	732
d) Einsatz der Streitkräfte im Innern	732
Katastrophenfall und Notstandsfall	732
Einsatz der Bundeswehr im Notstandsfall	735
7. Die Gemeinschaftsaufgaben	736
a) Der kooperative Föderalismus	736
Grundgedanke	736
Ausgestaltung in der Verfassung	736
Bildungsplanung und überregionale Forschungsaufgaben	738
b) Die Bundesgesetze über die Gemeinschaftsaufgaben	738
Die Ausführungsgesetze	738
Durch Gesetz aufgestellte allgemeine Grundsätze für die Erfüllung der Gemeinschaftsaufgaben	739
Koordination	739
Die Finanzierung	740
Bereitstellung der Mittel	740

H. Rechtsprechung

1. Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut	746
a) Rechtsprechung	746
Die „Dritte Gewalt“	746
Rechtsprechung im formellen und im materiellen Sinn	746
Gerichtliche Streitentscheidung	747

	Seite
b) Gericht	747
Organisation der rechtsprechenden Gewalt	747
Die Rechtsprechung ist staatlichen Gerichten vorbehalten	748
Gerichtszweige, Rechtswege	748
Schiedsgerichtsbarkeit	749
c) Richter	749
Rechtsstellung	749
Deutsches Richtergesetz und Landesrichtergesetz	750
Richterwahl	751
Die Unabhängigkeit der Richter	751
2. Die rechtsprechende Gewalt wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt	753
a) Justizhoheit im Bundesstaat	753
Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	753
Die Verteilung der Rechtsprechungsaufgaben	753
Gerichte des Bundes und Gerichte der Länder	754
Die Gerichte in den neuen Bundesländern	754
b) Die obersten Gerichtshöfe des Bundes	755
Gerichtsbarkeiten	755
Der Gemeinsame Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes	755
Wahrung der Rechtseinheit	756
Berufung der Richter	756
3. Die Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens	756
a) Der Vorbehalt gerichtlicher Entscheidung	756
Streiterledigung durch Rechtsprechung	756
Strafsanktion durch Gericht	757
Freiheitsentziehung (Habeas Corpus)	757
Rechtsschutz	758
b) Der gesetzliche Richter	759
Das Grundrecht	759
Verbot von Ausnahmegerichten	760
c) Der Anspruch auf rechtliches Gehör	760
Das Grundrecht	760
Die gebotene Gewährung des rechtlichen Gehörs	761
d) Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt	764
Das Grundrecht	764
Die verwaltungsgerichtliche Generalklausel	766
e) Die freie Advokatur	767
Rechtsberatung und Rechtsanwalt	767
Prozeßvertretung, Rechtsdienstleistungen	770
Dienstleistungsfreiheit und Niederlassungsrecht des Rechtsanwalts in Europa	770
4. Rechtsprechung und Rechtsgang	772
a) Streiterledigung durch gerichtliche Entscheidung	772
Der Prozeß	772

Prozeßrecht und Verfassung	772
Das rechtsstaatliche Gebot eines „fairen Verfahrens“	774
Streitentscheidung in angemessener Frist	774
b) Grenzen der Strafgewalt	775
Strafzwecke	775
Das Schuldprinzip	776
Keine Strafe ohne Gesetz	777
Ne bis in idem	778
Die Todesstrafe ist abgeschafft	779
Der Strafprozeß	779
Die Funktionsfähigkeit der Strafrechtspflege	780
Das Verwaltungsunrecht	780
5. Die Verfassungsgerichtsbarkeit	781
a) Das Bundesverfassungsgericht	781
Die Zusammensetzung des Gerichts	781
Die Berufung der Richter	781
Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz	782
Die Organisation des Gerichts	783
Die Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts	783
b) Die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts	783
Zuständigkeitszuweisung durch Verfassung und durch Gesetz	783
Staatsgerichtsbarkeit und Verfassungsgerichtsbarkeit	784
Die Bund-Länder-Streitigkeit	785
Die Organstreitigkeit	785
Die Normenkontrolle	786
Die Verfassungsbeschwerde	788
Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof	793
c) Verfassungsprozeßrecht	795
Anrufung des Gerichts	795
Verfahrensgrundsätze	796
Die Entscheidung	796
Entscheidung in Normenkontrollsachen	797
Wirkung der Entscheidung	798
Vollstreckung	799
Die einstweilige Anordnung	800
d) Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	801
Landesverfassungsgerichte	801
Maßstabsbeschränktheit der Landesverfassungsgerichte	801
Das Bundesverfassungsgericht als Landesverfassungsgericht	802
e) Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik	802
Bundesverfassungsgericht – Gericht und Verfassungsorgan	802
Politische Gestaltung und richterliche Streitentscheidung	803
Funktionelle Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit	804
Der „Hüter der Verfassung“	805

I. Finanzwesen und Hauswirtschaft

1. Staatsaufgaben und Staatsfinanzen	816
Der staatliche Finanzbedarf	816
Finanzhoheit des Staates	817
Die öffentliche Hand	818
Geschichtlicher Rückblick	818
Der „Steuerstaat“	819
2. Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand	820
a) Die öffentlichen Abgaben	820
Steuern, Gebühren, Beiträge	820
Sonderabgaben	821
Europäische Union	823
b) Steuern und Steuerpolitik	825
Begriff der Steuer	825
Kriterien des Steuerzugriffs	825
Steuerarten	826
„Nebenzwecke“ der Besteuerung	827
Gesetzmäßigkeit der Besteuerung	828
Lastengleichheit	828
Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit	829
„Steuergerechtigkeit“	830
Doppelbesteuerungsabkommen	831
c) Die bundesstaatliche Finanzverfassung	831
Finanzwesen und Finanzverfassung	831
Getrennte Finanz- und Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern	831
Grundlinie der Kompetenzordnung	832
d) Verfassungsrechtliche Grenzen der Besteuerung	833
Rechtsstaatliche Grundsätze	833
„Rückwirkende“ Besteuerung	834
Schutz durch die Grundrechte?	836
Insbesondere der Gleichheitssatz	836
Insbesondere die Eigentumsgarantie	838
e) Parlamentarisches Budgetrecht und Haushaltswirtschaft	839
Das parlamentarische Budgetrecht	839
Ausgestaltung im Grundgesetz	840
Haushaltswirtschaft	842
Haushaltsrecht	843
Ausgaben der öffentlichen Hand	844
Haushaltspolitik und Sachentscheidung	844
Die Zuschüsse zur Sozialversicherung	845
f) Staatsschulden	846
Verfassungsrechtliche Regelungen	846
Geschichtliche Grundlage und Entstehungsgeschichte	847
Insbesondere die Kreditaufnahme	848
Grenzen des Staatskredits	848

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Übernahme von Gewährleistungen	850
Sondervermögen	851
Bundesschuldenverwaltung	852
Praxis der Staatsschulden	853
3. Die Finanzverfassung	854
a) Entwicklung der verfassungsrechtlichen Ordnung des Finanz-	
wesens	854
Finanzwesen im Bundesstaat	854
Verfassungsgeschichte	855
Behandlung des Finanzwesens im Parlamentarischen Rat	856
Finanzreform 1967/69	856
Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern	857
b) Gesetzgebungszuständigkeiten	858
Steuergesetzgebung des Bundes	858
Steuergesetzgebung der Länder	859
Die Zölle	860
Die Finanzmonopole	860
c) Ertragshoheit des Bundes und der Länder	861
Grundsätze der Verteilung des Steueraufkommens	861
Gemeinschaftsteuern (Steuerverbund)	862
Insbesondere die Umsatzsteuer im Steuerverbund	862
Die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“	863
d) Der Finanzausgleich	863
Ausgangspunkt: Verteilung nach dem örtlichen Aufkommen	863
Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder	864
Gesetzliche Ausgestaltung	867
Finanzausstattung der neuen Bundesländer	868
e) Die Gemeinden	868
Die Gemeinden gehören zur Verwaltungsgliederung der Länder ...	868
Die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung	869
Kommunalabgaben	870
Realsteuergarantie	870
Anteil am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern	871
Landesrecht	872
Die Gemeindeverbände	873
f) Finanzverwaltung	873
Grundsatz	873
Bundesfinanzverwaltung	873
Landesfinanzverwaltungen	874
Verwaltung von Bundessteuern	874
Die Abgabenordnung	875
Die Gemeinden in der Ordnung der Finanzverwaltung	875
Die Finanzgerichtsbarkeit	876
g) Fondswirtschaft	876
Begriff und Erscheinungsformen	876
Geldleistungen des Bundes	877
Finanzhilfen des Bundes	877

	Seite
Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben	878
Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern	878
4. Finanzpolitik und Haushaltswirtschaft	879
a) Finanzwesen und Wirtschaft	879
Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Steuerpolitik	879
Auswirkungen der Finanzpolitik auf die Wirtschaft	880
Subventionen und Steuervergünstigungen	880
Das gemeinschaftsrechtliche Beihilfeverbot	882
Kreditpolitik	884
Währungspolitik	884
Die europäische Währungsunion	887
Konjunkturpolitik	891
b) Finanzpolitik im Bundesstaat	892
Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig	
und voneinander unabhängig	892
Die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	892
Grundsatzgesetzgebung über Haushalt und Finanzplan	894
c) Haushaltswirtschaft und Haushaltsrecht	894
Das parlamentarische Budgetrecht	894
Die Haushalte der öffentlichen Hand	894
Das Haushaltsgrundsatzgesetz	895
Bundeshaushaltsordnung und Landeshaushaltsordnungen	895
Der Haushaltsplan	896
Das Haushaltsgesetz	896
Ausgabenerhöhungen nur mit Zustimmung der Bundesregierung	897
Die rechtliche Bedeutung der Mittelzuweisungen	898
Haushaltsgrundsätze	898
Ausführung des Haushaltsplans und Bewirtschaftung der Mittel ...	899
Der Haushaltsausschuß des Bundestages	900
Haushaltsüberschreitungen	900
Haushaltswirtschaft ohne Haushaltsgesetz	900
Die ökonomische Budgetfunktion	901
Das Stabilitätsgesetz	901
Die mehrjährige Finanzplanung	902
Praxis	903
d) Die öffentlichen Unternehmen	904
Unternehmerische Betätigung der öffentlichen Hand	904
Rechtsformen	905
Haushaltsrechtliche Grundsätze und Grenzen	907
Verfassungsrechtliche Schranken	907
Gemeinschaftsrechtliche Bindungen	908
Privatisierung	911
Die Treuhandanstalt	914
e) Öffentliche Aufträge	915
Bedeutung und Praxis	915
Haushaltsrecht, Wettbewerbsrecht	916

Inhaltsverzeichnis

Seite

Struktur-, konjunktur- und sozialpolitische „Nebenzwecke“	919
Verfassungsrechtliche Bindungen	920
f) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	921
Parlamentarische Verantwortlichkeit der Exekutive	921
Rechnungslegung	921
Rechnungsprüfung	922
Der Bundesrechnungshof	923
Entlastung der Bundesregierung	923

K. Verteidigungsfall

1. Krieg und Frieden	928
Verfassungspolitische Fragestellung	928
Entstehungsgeschichte der geltenden Regelung	929
Verbot des Angriffskriegs	930
Kollektive Sicherheit	930
Verteidigungsfall	931
Vor einem möglichen Verteidigungsfall	931
Krieg	932
Beendigung des Verteidigungsfalls	932
Friedensschluß	932
2. Die Staatsorgane im Verteidigungsfall	932
Das parlamentarische Regierungssystem	932
Der Bundesstaat	933
Bundestag und Bundesrat	933
Der Gemeinsame Ausschuß	934
Die Bundesregierung	934
3. Die Ausübung der Staatsgewalt	934
Gewaltenteilung	934
Gesetzgebung	934
Besondere Befugnisse der Bundesregierung	935
Befehls- und Kommandogewalt	936
Die Streitkräfte	936
Grundrechte	936
Insbesondere Dienstverpflichtung	937
Verfassungsgerichtsbarkeit	937

L. Übergangs- und Schlußbestimmungen

1. Bedeutung und Inhalt des XI. Abschnitts	949
Zustandekommen und Inkrafttreten der Verfassung	949
Übergangsregelungen	950
Besondere Schlußbestimmungen	951
Art. 146 a.F. und Art. 146 n.F. GG	951

	Seite
2. Kriegsfolgen und Nachkriegszeit	953
a) Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet	953
Besatzungszeit	953
Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	954
Recht des Vereinigten Wirtschaftsgebietes	954
b) Rechte und Vermögen des Reiches	954
Rechtsnachfolge	954
Vermögensnachfolge	955
Das ehemalige Land Preußen	956
Rechtsübergang für das öffentliche Vermögen der früheren DDR	957
c) Fortgeltung alten Rechts	958
Fortgeltung von Rechtsvorschriften	958
Fortgeltung als Bundesrecht oder als Landesrecht	959
Fortgeltung von Ermächtigungen	960
Staatsverträge des Deutschen Reiches	960
Fortgeltung des Rechts der DDR	961
d) Kriegsfolgen	961
Kriegsfolgelasten	961
Flüchtlinge und Vertriebene	962
Kriegsgefangene	963
Wiedergutmachung, Rückerstattung	963
Entnazifizierung	964
Öffentlicher Dienst	964
Lastenausgleich	965
e) Herstellung der Einheit Deutschlands	966
Verbindlichkeiten (Art. 135 a Abs. 2 GG)	966
Abweichungen von Bestimmungen des Grundgesetzes (Art. 143 Abs. 1 und 2 GG)	967
Regelung von Vermögensfragen (Art. 41 EinV in Verb. mit Art. 143 Abs. 3 GG)	967
Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheit- licher Grundlage (1945 bis 1949)	970
3. Die Staatsangehörigkeit	972
Der Status der Staatsangehörigkeit	972
Völkerrechtliche Bindungen	973
Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, seit dem 1. Jan. 2000 Staatsangehörigkeitsgesetz	974
Die deutsche Staatsangehörigkeit	975
Verfassungsrechtliche Gewährleistung	975
Verbot der Auslieferung	976
Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit	977
Deutscher Staatsangehöriger und Deutscher	979
Staatsangehörigkeitsrechtliche Besonderheiten aus der Zeit des Dritten Reiches	979
Die Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern	980
Deutsche Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerschaft der DDR	981
Reform des Staatsangehörigkeitsrechts	981

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Das Staatskirchenrecht	984
a) Grundlagen	984
Kirchenrecht und Staatskirchenrecht	984
Staat und Kirche	985
Verfassungsrechtliche Ordnung der Rechtsbeziehungen	987
Konkordate und Kirchenverträge	988
Es besteht keine Staatskirche	989
Religionsfreiheit	990
Art. 140 GG	992
Zuständigkeiten des Bundes und der Länder	993
Schutz der Sonn- und Feiertage	994
b) Kirchen und Religionsgesellschaften	995
Vereinigungsfreiheit	995
Körperschaften des öffentlichen Rechts	997
Garantie der Vermögensrechte	999
Staatsleistungen	999
Kirchensteuer	1000
Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft in einer Religionsgesellschaft	1000
c) Autonomie der Religionsgesellschaften	1001
Die Gewährleistung durch die Verfassung	1001
Selbständige Verwaltung der eigenen Angelegenheiten	1002
Die Schranken des für alle geltenden Gesetzes	1004
Kirchengewalt und Grundrechte	1005
Arbeitsrecht im kirchlichen Dienst	1006
Reichweite der staatlichen Gerichtsbarkeit	1007
Religionsunterricht	1009
Kirchliche Ämter	1012
Theologische Fakultäten und kirchliche Hochschulen	1013
Die Landeskirchen	1014
Der Heilige Stuhl und die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland	1014
Anhang: Änderungstabelle zum Grundgesetz	1017
Stichwortverzeichnis	1023